

Beitrag VVN/Club Voltaire 1.6.2022, MJ

Der Krieg in der Ukraine wird mit Recht als ein „**Stellvertreterkrieg**“ beschrieben. Es geht um die Vormacht an den osteuropäischen Grenzen Russlands – um den Beitritt der Ukraine zum NATO-Bündnis auf der einen Seite, dessen Verhinderung und dauerhaften Ausschluss als Forderung Russlands auf der anderen Seite. Die von ihren militärischen Machtmitteln her stark unterlegene Ukraine erhält massive politische, ökonomische und Waffen-Hilfe von NATO-Staaten, insbesondere den USA, aber auch der Bundesrepublik Deutschland. Gerade der US-Regierung geht es explizit darum, Russland durch eine eindeutige militärische Niederlage dauerhaft zu schwächen. Über 20 Mrd. Dollar hat die US-Regierung für Waffenhilfe bereitgestellt, aktuell hat Präsident Biden die Lieferung eines modernen Raketensystems angekündigt, welches von seiner Auslegung her auch zum Beschuss von Zielen auf russischem Staatsgebiet geeignet ist. Die ukrainische Regierung habe zugesagt, die Raketen nur gegen russische Ziele auf ukrainischem Territorium einzusetzen, verlautete dazu.

Auch Kanzler Scholz hat als Ziel der Bundesregierung deklariert, einen Sieg der russischen Streitkräfte zu verhindern.

Diese Vorgaben erschweren eine rasche Beendigung des mörderischen Geschehens – denn der aktuelle Stand des Krieges, also auch im Falle eines unmittelbaren Waffenstillstands, beinhaltet die Besetzung beträchtlicher ukrainischer Ost-Gebiete, des sogenannten Donbas. Ein Rückzug der russischen Armee ohne zuvor verhandelte Lösung erscheint nur durch einen Sieg über die russischen Truppen dort erreichbar – also durch weiter gesteigertes Blutvergießen- mit ungewissem Ausgang.

Interessant und wichtig ist die Tatsache, dass es im westlichen 2 Lager dazu durchaus warnende Stimmen gibt, nicht nur aus der zivilen Friedensbewegung. So hat die **italienische Regierung** einen Plan entworfen und den Konfliktparteien übermittelt, der in Bezug auf die Hauptforderungen Russlands Zugeständnisse beinhalten würde, aber auch der Ukraine mit dem Beitritt zur EU entgegen käme. Wichtig auch, dass die Herausgeber der NEW YORK TIMES, immerhin eins der wichtigsten Presseorgane, vor weiterer Eskalation durch die US-Einmischung warnen.

Russlands Forderungen vor Beginn des Angriffs auf die Ukraine waren:

- Rückkehr zu den Vereinbarungen der **NATO-Russland-Grundakte von 1997**, welche u.a. den Verzicht von Androhung und Ausübung von Gewalt, gegenseitige Konsultationen und friedliche Beilegung von Konflikten, sowie Abrüstung vorsahen. Konkrete Forderung Russlands: Beendigung der Stationierung westlicher NATO-Truppen in den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten.
- Anerkennung der Sezession und des Anschluss der Krim an die Russische Föderation 2014
- Bündnis-Neutralität der Ukraine, Verzicht auf NATO-Beitritt

Westliche Rhetorik

Kürzlich unterlief dem früheren US-Präsidenten George W. Bush ein Versprecher, den man Freud'sche Fehlleistung nennen kann, also aus dem Unbewussten dringt versehentlich ein Gedanke in die Rede des Betroffenen. Am 18.Mai hielt Bush im texanischen Dallas eine Rede, und sagte: „**Die Entscheidung eines Mannes, eine völlig ungerechtfertigte und brutale Invasion des Irak zu starten...ich meine der Ukraine.**“

Bush war bekanntlich von 2001-2009 US-Präsident und wesentlich **3** mitverantwortlich für den sogenannten „Krieg gegen den Terror“, gegen Afghanistan, Irak und andere Länder.

Zwei deutsche Politikerinnen haben sich aktuell im Russland-Bashing besonders hervorgetan: **Ursula von der Leyen**, Präsidentin der EU-Kommission, äußerte: „Es geht darum, die industrielle Basis des Landes zu zerstören“*

Außenministerin Annalena Baeböck freute sich über von ihr mitbeschlossenen EU-Sanktionen: „Das wird Russland ruinieren“**

Deutlich wird: es geht hier nicht um Rückgewinnung des Friedens durch eine für die Konfliktparteien tragbare Kompromiss-Lösung, sondern um den Sieg über den Erzfeind – koste es was es wolle.

Und kosten wird es viel!

Kosten des Konflikts

Kaum hatte der allgemein nicht erwartete überfallartige und völkerrechtswidrige Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine begonnen, präsentierte Kanzler Scholz bereits ein Mega-Rüstungsprogramm mit einem entsprechenden Sonderetat, dessen Realisierung eine Grundgesetzänderung erforderlich macht. (Die Bestrebungen zu einem solchen Sonderetat waren bereits im Zusammenhang mit den exorbitanten Kosten für das geplante deutsch-französisch-spanische Projekt FCAS - Future Combat Air System - noch durch Ministerin Kramp-Karrenbauer geäußert worden)

*<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-eu-sanktionen-sollen-industrielle-basis-russlands-zerstoeren-17832502.html>

** <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-russland-baerbock-putin-sanktionen-wladimir-aussenminister-sergej-lawrow-eu-nato-zr-91374034.html>

worden). Die dafür erforderliche 2/3 Mehrheit im Bundestag steht bereit, die CDU ist offensichtlich gerne dabei.

Die Relationen: der reguläre Etatplan 2022 sieht Gesamtausgaben von rund 495 Mrd. € vor, davon rund 3,5 Mrd. zusätzliche Ausgaben für den Wehretat, der im Bereich des Verteidigungsministeriums bei rund 50 Mrd. € liegt.

Weltweit haben die Rüstungsausgaben laut SIPRI nun 2 Billionen Dollar überschritten, die USA führen weiterhin mit rund 800 Mrd. \$, rund 38% der globalen Ausgaben; an zweiter Stelle China mit 293 Mrd. Dollar, Russland 65 Mrd., Deutschland 56 Mrd. \$ im Einzelplan des deutschen Verteidigungs-Ministeriums. Mit dem Neuen Plan wird Deutschland auf Platz 3 vorrücken)

Kriegsfolgen in Europa:

Besonders gravierend ist dieser Krieg natürlich für die Menschen in der Ukraine selber. Zehntausende von Getöteten und schwer Verletzten sind zu beklagen. Millionen von Geflüchteten, schwere Schäden an Städten und Wirtschaftsbetrieben – all das wird große Anstrengungen für den Wiederaufbau erfordern. Aber auch in West-Europa sind jetzt schon ökonomische Folgeschäden zu registrieren: Abriss von Lieferketten, daraus folgende Produktionsausfälle. Außerdem Exportblockade der ukrainischen Weizenernte mit Folgen bis in afrikanische Länder, und laut FAO Zunahme der Unterernährung dort. In Europa - und auch in den USA - Inflationstendenzen durch starke Preisanstiege, all das droht in eine schwere Rezession zu münden.

Und im Weiteren zeichnet sich eine neue tiefgreifende Spaltung auf dem Kontinent ab. Längst glaubten wir, den kalten Krieg der 50er-Jahre überwunden zu haben – aber nun feiert er seine Wiedergeburt,

mit Sanktionen, Reiseverboten, Waffenlieferungen und einem Verhalten des „Brinkmanship“, der Bereitschaft zu einer Risiko-Politik am Rande des Abgrunds. 5

Schlussfolgerungen:

Wir leben in einer Ära des Katastrophenkapitalismus, in der die dominierenden Gruppen und Schichten die Fähigkeit vermissen lassen, den existentiellen Gefahren, insbesondere der ökologischen und Klima-Krise, wirkungsvoll entgegenzutreten, und stattdessen die alten Kämpfe um Macht und Reichtum weitertreiben wollen.

Sicherheit neu denken muss das Motto der internationalen Zusammenarbeit werden – nicht durch Kriegs-Waffen, sondern durch die immer dringlichere enge Zusammenarbeit für eine Zukunft, in der die natürlichen Lebensbedingungen und die soziale Gerechtigkeit gesichert werden, durch grundlegende ökosoziale Transformationen, bei uns und international.